

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

113 (16.5.1906) Erstes Blatt

Ich weiß sehr wohl, daß auf der Kanzel keine Politik getrieben werden soll, und werde mich daher auch hüten; darum habe ich auch die Sozialdemokratie samt ihrer Presse nicht als politische Partei, sondern lediglich als widerchristliche, materialistische Weltanschauung erwähnt und davor gewarnt, und das werde ich auch ferner tun, solange als die Sozialdemokratie christenfeindlich bleibt.

Diese öffentliche Anleihe, wie man im Kampfe gegen die Sozialdemokratie die Kanzel benützt, ohne über den § 16c zu stolpern, ist typischer Beweis für die Achtung der Gesetze, deren sich sonst die kathol. Kirche rühmt. Nun, sie soll nicht denken, wir wären nach dem Staatsanwalt. Den brauchen wir nicht. Wir sind ohne Bedenken für Abschaffung des § 16c. Im unbehinderten Kampfe der Geister sind wir gar nicht bange, daß wir auch die Kanzelmethode ad absurdum führen. Die sozialistische Idee hat schon ungleich größere Hindernisse besiegt. Wertvoll aber ist für uns das Rezept des Pfarrers Huber. Es klingt eben immer wieder aus in dem Grundsatze: Der Zweck heiligt die Mittel!

Die Wasserkräfte in der Schweiz.
Welche Bedeutung man den Wasserkräften in der Schweiz beizumessen, geht aus dem Berichte hervor, den Herr Nationalrat Dr. Müri vor wenigen Tagen auf dem freisinnig-demokratischen Parteitage in Karau erstattete.

Das gegenwärtige System der Erzeugung und Abgabe von elektrischer Kraft hat eine Reihe von Uebelständen gezeigt, die namentlich in der Verschiedenheit der kantonalen Konzessionen begründet sind. Im allgemeinen suchen zwar die kantonalen Regierungen die öffentlichen Interessen zu wahren. Die Hauptgefahr droht zurzeit in der Ausfuhr unserer elektrischen Energie ins Ausland, wodurch zugleich die ausländische Industrie gestärkt wird. Auswärtige haben sich auch gezeigt infolge des Vorgehens großer Finanzgenossenschaften, die sich zu Kernen, Trusts, vereinigt haben. Bisher werfen allerdings unsere inländischen Elektrizitätsgesellschaften wenig mehr als den landesüblichen Zins des in ihnen investierten Kapitals ab; durch die fortschreitende Amortisation der Anlagen wird dies aber anders werden. Zu erwähnen ist auch, daß sich die Privatkapitalisierung naturgemäß zuerst der günstigsten Wasserläufe bemächtigt.

Alle diese Verhältnisse haben Bestrebungen gezeigt, die den Mischständen entgegenstehen. Als Hauptgesichtspunkte lassen sich aus der ganzen Wasserrechtsfrage folgende herausheben:
1. Sicherung der nötigen Wasserkräfte für den späteren elektrischen Betrieb der Bundesbahnen.
2. Erhaltung der nötigen Energie für unsere inländische Industrie.
3. Abgabe möglichst billiger Kraft an den Konsum.

Das erste Postulat hat bereits in der Bundesversammlung eine befriedigende Lösung gefunden, indem der Bund sich die für ihn notwendigen 250-300 000 Pferdekraft zu sichern bemüht ist. Auch Punkt 2 ist provisorisch erledigt. — Noch gar nichts gesehen ist in Bezug auf den unter 3 erwähnten Programmpunkt. — Und in Baden? Da hat man eilig, das in den Flüssen festgelegte Pflanzkapital den profitmachenden Privatunternehmern auszuliefern.

Die nächste Sitzung der Ersten Kammer findet Freitag den 18. Mai, vormittags 10 Uhr, statt. Tagesordnung: Gesetzentwurf betr. Dienstausfuhr über Kaufmannsgerichte und Eingemeindung von Kleingewand in Redargemund und Landwirtschaftsbudget.

Deutsche Politik.

Breslauer Justiz.

Der bekannte Breslauer Rechtsanwält Justizrat Dr. Marroth, der unlängst im Falle Dienold eine Klarstellung in der Öffentlichkeit unternahm, hat nun in der Deutschen Juristenzeitung unter Anführung mehrerer Belege die Praxis beleuchtet, die von den Breslauer Strafbehörden den wegen Mordverdachts oder Mordabsicht befristeten Angeklagten gegenüber geübt wird, wiewohl sie, wie Marroth einwandfrei nachweist, den einschlägigen Bestimmungen der Strafprozessordnung widersprechen. Wie weit das geht, mag an einem Beispiel bargetan werden, das auch nicht-juristischen Lesern sehr leicht verständlich ist. Marroth schreibt über den betr. Fall:

„Ein inwärtigen abgeurteilter — Angeklagter, dessen Vollmacht ich bereits im Vorberfahren zu den Akten überreicht hatte, wurde bei Zustellung der Anklage wegen Mordverdachts verhaftet. Er bat um die Erlaubnis, an seinen Sohn, im Interesse seiner Selbstbestätigung, zu schreiben. Der Sohn hat diesen Brief

nicht erhalten. Nachträglich fand ich den Brief mit dem richterlichen Vermerk bei den Akten, daß seine Beförderung wegen „der rot angezeichneten Stellen“ abgelehnt wurde. Die rot angezeichneten Stellen aber lauten wörtlich:

„Gehe sofort zum Justizrat Dr. M. und erzähle ihm den Sachverhalt; es ist die höchste Zeit, mein lieber, guter Sohn, da ich noch keinen Zeugen angeben habe...“ Ferner: „Gehe, lieber Martin, schleunigst nach Empfang dieses Briefes zum Justizrat und lasse Dir die Sache angelegen sein; denn die Zeit rückt heran, damit er mich in meiner Zelle ausläßt...“ Endlich die dritte Stelle: „Besahle bald das Honorar beim Justizrat.“

Wie ist die Zurückhaltung dieses Briefes, wie überhaupt die hier erwähnte Praxis beziehungsweise des mündlichen und schriftlichen Verkehrs zwischen den wegen Mordverdachts verhafteten Angeklagten und ihren Angehörigen mit § 110 Absatz 2 der Strafprozessordnung zu vereinigen, nach welchem dem Verhafteten nur solche Beschränkungen auferlegt werden dürfen, welche zur Sicherung des Zwedes der Haft oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Gefängnis notwendig sind? Mit welchem Recht und wie verhängnisvoll für den richtig verstandenen Zweck der Untersuchung wird es durch diese Praxis dem verhafteten Angeklagten, zumal wenn er einen Verteidiger nicht hat, erschwert, ja unmöglich gemacht, zur Entlastung geeignete Momente durch die Mithilfe seiner Angehörigen herbeizuschaffen!

Wenn nun schon in ziemlich einfach liegenden, nicht politischen Fälle sich solche Praxis in Breslau herausgebildet hat, dann darf bald nicht Wunder nehmen, was man in Hinsicht politischer Angeklagter von Breslau hört. Das Volk hat aber alles Interesse daran, daß solcher Praxis ein Ende gemacht werde durch den Gesetzgeber.

Die Fahrkartensteuer

Kann das Reich sich damit anscheinend gar nicht rufen genug in seine Kassen leiten. Die dritte Lesung ist noch nicht erfolgt, und schon berät man zwischen den einzelnen Ressorts über die praktische Einführung der neuen Stempelsteuer. Während der Uebergangszeit bis zur Durchführung der Personalreform wird, wie man annimmt, nichts übrig bleiben, als den Stempel in Form besonderer, auf die Fahrkarte aufgeklebter Marken oder in Form von Stempelpapieren zu erheben. Der Reisende, soweit er nicht auf einen zusammengefügten Fahrchein reist, würde dann zwei Karten erhalten. Mit der Einführung des neuen Personaltarifs, der nach den bisherigen Vorarbeiten wohl für den 1. April 1907 zu erhoffen ist, soll dann der Betrag des Reichsstempels in den der Fahrkarte eingerechnet werden. Soffentlich machen die Proteste aus dem Publikum und den Bundesstaaten einen Strich durch diese Rechnung.

Die Spionage-Affäre

Die Bebel im Reichstage enthielt und von dem preussischen Minister v. Bethmann-Hollweg im preussischen Abgeordnetenhaus bekräftigt, aber vom Minister insoweit herabgedrückt wurde, als nicht der Kommissar, sondern der Kasse zuerst das Spionage-Angebot gemacht haben sollte, ist um ein Moment bereichert worden.

Der Anwalt des russischen Kaufmanns, Genosse K. Liebke, erklärt nämlich im Vorwärts, es sei unmöglich, daß sich sein Klient zuerst dem Kommissar v. Schöne angeboten habe.

Die württembergische Verfassungsreform

wird, wie wir gestern mitteilen, für gescheitert angesehen. Die Kommission der Kammer der Ständeherren hat nicht nur den von der Zweiten Kammer in wesentlichen Punkten beanstandeten Regierungsentwurf wiederhergestellt, sondern sie ist teilweise sogar noch hinter dieses schlagliche Nachwerk zurückgegangen. Belehrt trifft zu in der Wiedereröffnung des Rechts der Krone, erbliche Mitglieder der Ersten Kammer zu ernennen. Regierung und Zweite Kammer hatten dieses Recht fallen gelassen. Die von der Zweiten Kammer vorgeschlagenen 8 Vertreter von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Landwirtschaft werden auf vier reduziert, die entgegen dem Beschluß der Zweiten Kammer nicht durch die Organisationen dieser Stände gewählt, sondern vom König ernannt werden sollen! Schon diese Beschlüsse sind überaus reaktionär und sollten für die Zweite Kammer unannehmbar sein.

Den Todesstimm der Reform bedeuten aber die hinsichtlich der Zusammenlegung der Zweiten Kammer und geplanten Änderungen. Die Regierung hatte bekanntlich neben einer Vermehrung der Mitgliederzahl der Ersten Kammer von 29 auf 47 eine Schwächung der Zweiten Kammer von 93 auf 75 vorgeschlagen. Die 28 Privilegierten, die gegenwärtig die württembergische Volkskammer bilden, sollten ohne Ersatz ausscheiden, nur für

Stuttgart hatte man eine Erziehung der Brandare von 1 auf 6 vorgezogen. So ergab sich die Zahl 75, die sogenannten „Klein-Kammer“. Die vom Volke gewählten Abgeordneten aller Parteien haben diese Zumutung zurückgewiesen. Es wurde beschlossen, einen Ersatz für die ausscheidenden Privilegierten durch die Hinzunahme von 17 Vertretern mittels Landesproporz zu schaffen. Diese Hauptbedingung für das Gelingen der Verfassungsreform hat die Kommission der Ersten Kammer also abgelehnt.

Auch den Beschluß der Zweiten Kammer, die Altersgrenze für die Erlangung des passiven Wahlrechts vom 30. auf das 25. Lebensjahr herabzusetzen, hat die Verfassungskommission der Ersten Kammer wieder geteilt. In der Ersten Kammer dagegen sollen geborene Gesetzgeber befähigt sein, mit 18, bezw. 21 Jahren gesetzgeberische Arbeit zu leisten.

Unannehmbare Befugnisse fordert die Adelskammer für sich in der Frage des Budgetrechts. Man fordert einen übereinstimmenden Beschluß beider Häuser bei Ablehnung einer Steuer oder Ermäßigung des Steuerbetrags bei denjenigen Steuern, die der ordentlichen Gesetzgebung unterliegen. Für die Erhöhung des Steuerbetrags der Einkommensteuer und bei den Beschlüssen über die Aufnahmen von Anleihen und Veräußerungen von Bestandteilen des Kammerguts wird die von der Zweiten Kammer abgelehnte Gleichberechtigung beider Häuser verlangt. Dasselbe Duzend Ständeherrn, das dem württembergischen Volke eine solche Verbormung ansetzt, bringt es fertig, das von der Regierung und der Zweiten Kammer verlangte Erfordernis, einen Wohnsitz in Württemberg haben zu müssen, wieder zu streichen, um den Personalsteuern zu entgehen.

Die dreifachen Forderungen der Ersten Kammer werden die Sozialdemokraten der Zweiten Kammer zurückweisen. Die liberalen Parteien freilich, die bei den Neuwahlen gern als Bringerin der Verfassungsreform glänzen möchten, lassen sich vielleicht noch auf einen Kuhhandel ein, wenn sie nicht wüßten, daß sie mit einem solchen Nachwerk jeglichen Boden im Volke verlieren würden. Dagegen wird das Zentrum, dem entschiedenem Gegner jeder Verfassungsreform, die ultramontane Mehrheit in der Ersten Kammer bricht, in Triumphgefühl schweben. Die Sozialdemokratie ist an dem ganzen Handel unbeteiligt. Ihre Wünsche wurden von der Zweiten Kammer nicht befriedigt, sie war mit der Gestaltung des Entwurfs auch nach den Beschlüssen der Abgeordneten-Kammer nicht zufrieden. Wenn sie dennoch ihre Zustimmung gab, so geschah es im Hinblick auf die Bedeutung einer reinen Volkskammer für die Entwicklung Württembergs.

Wird nun die hartnäckige Reaktion in der Adelskammer auch dieses Werk verhindern, dann wird für die Sozialdemokratie die Abschaffung der Ersten Kammer der Kriegsruf sein, mit dem sie in die beginnende Agitation zu den Neuwahlen eintritt.

Potemkinsche Dörfer.

Das Urteil gegen Genossen Pokorny, dem früheren Sekretär des deutschen Bergarbeiterverbandes in Sachsen, jetzigen Redakteur des deutschen Bergarbeiterfachblattes, ist jetzt vom Landgericht nachgeprüft worden. Er war wegen angeblicher Verleumdung der Bergherren des Wilhelmsschichtes zu Zwölfmonat vom Schöffengericht in Stolberg zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er in einer Bergarbeiterversammlung nach einem Bürgerlichen Pressbericht gesagt haben sollte, die Bergherren hätten bei Besichtigung des Wilhelmsschichtes in Zwickau durch den König diesem Potemkinsche Dörfer vorgeführt und ihn so beschwindelt und betrogen. Der Hauptbeschuldige war der bürgerliche Redakteur. Andere sagten mit der Bestimmtheit nicht aus, wie dieser, der auf seine stenographischen Notizen, die er gemacht, verwies und das als in seinem Bericht geschrieben hatte. Selbst „Königs-treue“ Knappen — Gegenorganisation des Bergarbeiterverbandes, die von den Bergbesitzern protegirt werden — gaben unter Eid an, daß sie diese Äußerungen nicht gehört hätten. Das Landgericht kam aber trotzdem zu einer Verurteilung Pokornys, nur setzte es die Strafe auf zwei Monate Gefängnis herab.

Husland.

Allgemeines.

Rußland. Sapons Leiche soll in einem einsamen Hause in einem Walde gefunden worden sein. Selbst die Kadavri, wiewohl in einem bekannten Berliner Blatte mit Bestimmtheit gegeben, ist mit Reserve aufzunehmen.

— Gestern begann die Beratung der Adresse an den Kaiser. Der Reichstagsentwurf enthält sehr wichtige Sätze, z. B. die Gleichheit vor dem Gesetz, die Abschaffung der Todesstrafe und volle politische Amnestie.

Durchfallen halten und dessen Frau mitnehmen muß, findet zum 1. Juni er. Stellung. Nur Leute mit guten Zeugnissen werden berücksichtigt.

Das Freiburger Tagblatt vom 20. April enthielt nachfolgende verlockende Anzeige: „Ein junges, braves, kath. Zimmer gemächlich möbliert an soliden Zern oder Fräulein sofort zu vermieten. Wo? zu erfragen im Verlag des Blattes.“ (Jugend.)

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Neue Zeit. (33. Heft): Die Wahlen in Frankreich. Von R. A. — Der politische Massenstreik in der russischen Revolution. Von Henriette Nassand-Hoff. (Vorrede zur russischen Ausgabe von „Generalstreik und Sozialdemokratie“.) — Materialistische Geschichtsauffassung und Mathematik. Von Dr. Fritz Fischer. — Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung. Von W. H. Janßen.

Gleichheit. (Nr. 10): Das schicksalige Courrieres. Von Euse Nietz. — Ehe und Sittlichkeit. II. — Die Frauen in den baskischen Kommunalverwaltungen. Von A. — Weibliche Frankentrödelerei. Von G. Gräf. — Für unsere Kinder: Die Verhe. Von Josef Freiherr v. Eichenborff. (Gebicht) — Das Sonnenblatt. Von Otto Erich Hartleben. — Ceyl. Der Luchsigut. III. Von Anton Feodor. — Als Kamerad. Von Otto Ernst. (Gebicht) — Wie unsere Vögel nisten. Von Brand. — Ein kleines Watterbüchlein. Von Elisabeth Harimann-Darber. — Walter Frühlings. Von Franz Wädling. (Gebicht).

Praktische Räte für den Haushalt. Ein Hilfs- und Gebrauchsbuch für alle Fälle des täglichen Lebens, bearbeitet und herausgegeben von Frau Soni Große, Haushaltungsschreinerin. Preis gebunden 4 Mk. Verlag von R. O. Groh, Dresden-R. In gebogener Uebertragbarkeit — alphabetisch geordnet — sind alle Fragen des praktischen Haushalts behandelt, so daß die Frauen aller Stände ein wertvolles Nachschlagewerk in dem Werke erhalten.

Humoristisches.

Was unsere Agitatoren alles verlangen! In den Donziger Neuesten Nachrichten vom 24. April annonciert ein württembergischer Gutbesitzer: „Verpachtet der Kuhweiser, wofür die Schweine müßig sind und einen

Genossenschaftsbewegung.

Verbandsstag süddeutscher Konsum-Vereine.

(Zweiter Verhandlungstag.)

E. Mainz, 14. Mai 1906.

Dem gestrigen Tag ist noch nachgeholt, daß zu Ehren der Delegierten eine Feier in der Stadthalle stattfand, bei welcher die freien Sängler und Turner mitwirkten. Frau Bauer trug einen, der Feier angepaßten, von Professor Staubinger verfaßten Prolog vor. Die Mainzer Konsumvereinsmitglieder haben durch zahlreiche Besuch ihr Interesse am Genossenschaftswesen befundet.

Liebmann-Mainz begrüßte Namens der Mainzer Genossen die Delegierten. Wir stehen in Mainz nicht auf historischem Boden des Genossenschaftswesens. Der Mainzer Konsumverein ist eines der jüngsten Kinder des Verbandes; ich begrüße, daß der Oberbürgermeister von Mainz an unseren Verhandlungen teilnimmt, ich wünsche, daß die Verhandlungen zur Vertiefung der Genossenschaften, welche in letzter Zeit sehr in die Breite gingen, beitragen.

Der Oberbürgermeister von Mainz führte aus, daß ebenso, wie jeder einzelne sich ein eigenes Haus bauen dürfe, die Konsumenten das Recht haben, die Güterverteilung selbst in die Hand zu nehmen. Es ist nicht meine Sache, zu entscheiden, wer mehr im Interesse der Allgemeinheit handelt, der Privat- oder der Genossenschaftsbetrieb. Eines aber steht fest, daß alles dasjenige, was in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet ist, was tiefe und weitverzweigte Wurzeln hat, in Zukunft gedeihen wird. Ich wünsche Ihren Verhandlungen besten Erfolg.

Rondelet-Dresden begrüßte die Delegierten namens des Zentralverbandes und gibt seiner Freude Ausdruck über die blühende Entwicklung der süddeutschen Konsumvereine. Ueberall, wo die genossenschaftlichen Grundzüge befolgt wurden, seien Fortschritte zu verzeichnen.

Namens der Großeinkaufsgesellschaft begrüßte A. Scherling-Gamburg die Delegierten und betont, daß zu den genossenschaftlichen Grundzügen auch der Warenbezug von der Großeinkaufsgesellschaft gehöre.

Verbandsdirektor Barth erstattete dann seinen Bericht. Wir verweisen hier auf den bereits erschienenen Vorbericht. Ergänzend zum gedruckten Bericht führte Redner aus, daß, wenn in der heutigen Zeit, wo so verschiedene Faktoren auf die Verteilung der Lebensmittel hinwirken, die Konsumvereine nicht schon beständen, sie notwendigerweise entstehen müßten. Zuerst habe man uns verachtet. Je größer aber die Zahl der Genossenschaftler wurde, je größer und schärfer wurde die Gegenwehr. Aber noch viel größer muß die Zahl der organisierten Konsumenten werden; dann erst können wir Einfluß im Wirtschaftsleben gewinnen. Wir müssen so stark werden, daß wir auf die Aufstellungen unserer Gegner so geringfügig bilden können, wie diese im Anfang auf uns blickten. Scharf wendet sich Redner gegen die Bestrebungen, welche auf Sonderbesteuerung der Konsumvereine abzielen. Die einzelnen Vereine sollten bestrebt sein, statt das Lieferantengeschäft zu pflegen, möglichst alle Bedürfnisse der Mitglieder selbst zu befriedigen. Erfreulich seien die Fortschritte, welche auf dem Gebiete der Eigenproduktion zu verzeichnen sind. Einen Antrag, einen Druck auf die einzelnen Vereine dahingehend auszuüben, daß dieselben mehr Waren von der Großeinkaufsgesellschaft beziehen, lehnte die Versammlung ab. Erfreulicherweise seien auch hier Fortschritte zu verzeichnen und zu bringen zu wünschen, daß dieselben anhalten. Durch den Zentralvorstand sei der Anschluß an die landwirtschaftlichen Genossenschaften herbeigeführt worden und sei hier ein großes Tätigkeitsgebiet eröffnet. Die oftmals niederträchtigen Angriffe unserer Gegner haben uns mehr genützt, als geschadet. Bezeichnend für das Gerechtigkeitsgefühl unserer Gegner sei der Umstand, daß dieselben für ihre Genossenschaftlichen Staatshilfe verlangen und für uns Erwerbslosengelder. Aber immer mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die Konsumenten sich organisieren müssen, um nicht in die Knechtschaft der Kräfte und Ringe zu kommen. Aufklärung über die wirtschaftlichen Entwicklungsstadien müssen wir fördern, dann werden wir große Kreise für uns gewinnen und unser Aufgaben erfüllen können. (Redner verliest zum Beweis, wie immer größere Kreise zur Erkenntnis kommen, einige sehr bezeichnende Zeitungsausschnitte.) An die Organisation der Warenverteilung muß sich die Organisation der Warenherstellung anschließen.

Sieraus gibt der Redner einen Rückblick über die Entwicklung des Verbandes in den 40 Jahren seines Bestehens. Diesen Bericht werden wir gesondert behandeln.

Vorabend G. A. H. gedenkt in ehrenvollen Worten der hervorragenden Tätigkeit der Herren Geh. Hofrat v. Pfeifer-Stuttgart und Verbandsdirektor Barth.

Sieraus erstattet Bericht Verbandsdirektor A. R. d. S. Stuttgart. Er führt aus, daß die Konsumvereine im allgemeinen die bei früheren Revisionen geringen Mängel befristigt hätten. Durch die Revisionen, die sich auf die gesamte Geschäftsführung erstreckten, würden die Mängel und Unregelmäßigkeiten aufgedeckt und damit ihre Beseitigung ermöglicht. Vereine, die nicht dem Verbande angehören, werden nicht revidiert; jahrelang kann die größte Mißwirtschaft getrieben werden. Der Verbandsdirektor rügt einige zutage tretende Mängel. Schlimm sei, daß oft in den Generalversammlungen öfters einige Mängel der Vereine durch Verleumdung von Verwaltungsmitgliedern wird Mißtrauen gefäet. Bei Statutenausarbeitung und Änderungen solle man die Verbandsleitung zu Rate ziehen. Des weiteren macht er Ausführungen über die Abgrenzung der Rechte zwischen Vorstand und Ausschüßrat. Scharf wendet er sich gegen die Dividendenjäger. Zu beklagen sei, daß so viele Vereine den Verbandsstag nicht besuchen. Diese Vereine betrachten die Delegationskosten als unnützlich, obwohl das, was die Delegierten sollen, sehr reichlich durch Bezahlung der Delegierten aufgewogen wird.

Punkt 7 der Tagesordnung: Beitritt zum internationalen Genossenschaftsbund. Der Referent Kaufmann-Gamburg führt aus, daß in gewissen Beitrittsritten immer wieder die Gefahr eines Selbstkriegen auftauche; von einem Selbstkrieg würden die Genossenschaft nam schwersten getroffen. Die Genossenschaften gedeihen nur im Frieden und wirken für den Frieden. Die kapitalistischen Interessen gefährden den Frieden, weil einer den anderen ausbeuten wolle. Die Genossenschaft sollte

Hygienisch fülle ihr das Fell im Restaurant wie im Hotel;
Weich hat sie ein Gesicht gefüllt und laute, wie die Schwärze hielt.
Sie gönnte ihrem Erbe Stille und ließ Gefühle selbst mit Fällung.
Ein Topf mit Aufschneckencreme Erleiden ihr doppelt angenehm.
Da ihre dunkle Neigung siegte, So nahm sie alles, was sie kriegte.
Nächster Löffel, neunzig Kannen, Zwölf Schalen, tausend Mundspülwässern.
Sie kramte, um ihr Gut zu mehren, Beßn Duzend silberne Saucieren.
Und hinterdrein, almdächtiger Gott, Ein Hefe Keller voll Kompott.
Sie stopfte in ihr Kofferneg, Milchsaften, Köpfe, auch Zabllets.
Im Zimmer selbst, wenn ich nicht irre, Verpachte sie noch acht Geschirre.
Da sie als große Dame fielt, So ist sie physisch anormal.
Wie glückselig trifft sich dieses doch, Sonst läme sie vielleicht in's Loch.

Kleines Feuilleton.

Pastor Dr. Albert Kalkhoff ist in Bremen an Herzschwäche gestorben. Er erreichte ein Alter von 66 Jahren. Er gehörte zu den Pastoren, die auch in unseren Reihen mit Achtung genannt werden. Seine Lieberzeugungsart, sein Mut, seine freie Stellung zur Arbeitstage mit seine wissenschaftlichen Bestrebungen haben ihn weit über die Durchschnittsgrenze gehoben. Er hatte einen interessanten Verzicht gemacht, die materialistische Geschichts-

den Gewinn aus, sie will das Wohl aller. Wohl sei das Stärkeverhältnis gegenwärtig so, daß der Kapitalismus ein brutaler Dieb und die Genossenschaft ein freundlicher Dieb sei. Wertwärts seien aber die Genossenschaften im Wachstum und damit wächst der Kreis der Personen, die am Frieden interessiert sind, und die Friedensgarantien selbst. In England haben die Genossenschaften die Führung im Kampfe für den Weltfrieden. Internationaler Zusammenhalt sei notwendig, aber nicht nur formeller Eintritt und Beitragsleistung, sondern auch die Mitarbeit aller. Die Ideen müssen in die Massen getragen werden. Die genossenschaftlichen Erfahrungen aus den einzelnen Ländern müssen ausgetauscht werden. Große Aufgaben sind hier zu erfüllen. Gegenwärtiger Warenaustausch sei von großem Nutzen. Eine Resolution in diesem Sinne wird angenommen.

Punkt 8: Rechnungsablage. Die Einnahmen des Vorstandes betragen 8015 M., die Ausgaben betragen 6335 M., die Durchschnittskosten für einen Verein für Revision usw. betragen 41,41 M. Der Vorstand wird Entlastung erteilt.

Punkt 9: Anstellung eines Verbandsbeamten. Damit verbunden wird der Punkt 10: Vorschlag für das Jahr 1906. Verbandsdirektor Barth weist auf die Entwicklung des Verbandes hin und auf die immer umfangreichere Tätigkeit, kommt dann aber zum Schluß, daß es besser sei, mit der Anstellung noch bis 1907 zu warten.

Die Jung-Ludwigshafen weist auf Grund seiner Erfahrungen darauf hin, daß wenn man einmal etwas schafft, dann etwas richtiges geschaffen werden muß, das sei aber ein Sekretariat mit mindestens zwei Beamten. Etwa 20 Konsumvereine seien in der Gründung begriffen, andere müssen gegründet werden. Diese Vereine bedürfen in der ersten Zeit des Beistandes; dazu sind aber freie Kräfte notwendig. Ergreifen wir nicht richtige Maßnahmen, so wachsen uns die Verhältnisse über den Kopf.

Gauß-Stuttgart warnt vor zu raschem Vorgehen mit Rücksicht auf die Geldmittel. Feuerstein-Stuttgart weist darauf hin, welche schöne Erfolge sie mit der Anstellung eines Beamten erzielt haben. Besonders wertvoll sei die Befähigung der Konsumvereine durch Aufklärung des Volkes und der Behörden. Hammerbacher-Erlangen ist für die Errichtung eines Sekretariats, weist aber darauf hin, daß eine Verständigung mit Württemberg, welches schon einen Beamten hat, nötig ist. Wenn wir die Notwendigkeit eines Sekretariats anerkennen, müssen wir auch die Mittel aufbringen. Bauer-Mainz vertritt den Standpunkt, daß dem Sekretariat hauptsächlich die praktischen Aufgaben zugewiesen werden sollen. Engler-Freiburg ist für Errichtung eines Sekretariats, um ein immer dichteres Netz von Vereinen zu erhalten; wenn allerwärts Konsumvereine bestehen, dann sind Erdrosselungsarbeiten unmöglich oder doch wirkungslos. Büchlein-Würzburg weist darauf hin, wie andere wirtschaftlich organisiert sind, wie sie von ihren Sekretariaten aus ihre Interessen vertreten, wir sollen nicht immer warten, bis wir angegriffen werden, sondern auch zum Angriff übergehen.

Verschiedene Redner sprechen sich noch für die Errichtung des Sekretariats aus. (Schluß der Vormittags-Sitzung.)

Hus der Partei.

S. V. Aue b. Durlach, 15. Mai. Wir machen auch an dieser Stelle auf die morgen, Donnerstag Abend im Waldhorn stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam. Da wichtige Punkte zu erledigen sind, bitten wir um zahlreiches Erscheinen.

Genosse Bernstein und seine Frau wurden in ihrem Schlafzimmer bewußtlos aufgefunden. Es liegt Kohlenoxydgasvergiftung vor. Sie wurden erst nach mehrstündiger ärztlicher Behandlung ins Revuehaus zurückgeführt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. Die Bauunternehmer Pofens haben die Auslieferung der Maurer aufgehoben. Aber die Maurer kamen doch nicht auf die Baustellen; sie streiken bis nun ihre Forderungen erfüllt werden.

Badische Chronik.

Pforzheim.

15. Mai. — Risiko der Arbeit. Der Arbeiter Friedrich Frech aus Wieseln arbeitete in der Doubelstraße von Fr. Sommer. Er ist 25 Jahre alt und verheiratet. Am Montag wurde er zum Krüppel. Die Maschine, an der er arbeitete, brach ihm die linke Hand glatt ab. Der Pforzheimer Anzeiger schreibt, der Mann habe versäumt, von der vorhandenen Fußbremse Gebrauch zu machen. Es soll damit wohl ein Verschulden des Arbeiters konstatiert werden, um den Unternehmer von Schuld rein zu waschen. In Wirklichkeit ist der Unternehmer der einzige Schuldige in solchen Fällen. Die hydraulischen Ausstanzmaschinen sind die reinsten Vorkämpfer, erfinden, um den Profit des Unternehmers ins Maßlose zu erhöhen. Von wirklichen Schutzvorrichtungen ist bei den allerwichtigsten die Rede. Die Instandhaltung der Arbeit verlangt die peinlichste Aufmerksamkeit des Arbeiters den ganzen Tag, von früh bis spät. Das geringste Versehen führt dann ein Unglück herbei. Wir kennen hier eine Fabrik, die einige Dugend Arbeiterinnen an Stanzmaschinen beschäftigt. Unter diesen Arbeiterinnen sind sehr wenige, die zehn Jahre jünger besitzen. Stanzmaschinen, wie sie in Pforzheim gebräuchlich sind, lassen nicht mehr in Gebrauch genommen werden, ohne alle Anforderungen an den Schutz der Arbeiter erfüllt sind.

Freiburg.

15. Mai. — Der vor einiger Zeit vermisste russische Student von Rot, der sich auf einer Schneelour befand, wurde erstoren aufgefunden.

16. Mai. Gestern Abend wurde der 21. Jahre alte ledige Säger Woldemar verhaftet. Derselbe wird zur Last gelegt, auf die Dienststadt seines Arbeitgebers einen ungesetzlichen Angriff gemacht zu haben. Baden-Baden, 14. Mai. Wie sich jetzt herausstellte, kommt ein Verbrechen bei dem in Appenzel auf seinem Wagen tot aufgefundenen Fußmann nicht in Betracht. Der Verstorbene, ein Peterkeller Mineralwasserhändler, war mit Krampfadern behaftet, welche plötzlich auftraten und seine Verblütung zur Folge hatten.

Sornberg, 15. Mai. Heute Nachmittag nach 3 Uhr zog ein idiosyncratischer Gemitter über unsern Ort, welches von wolkenbruchartigem Regen begleitet war. Der angelegte Schaden läßt sich nicht bestimmen. Ist aber ein ganz kolossaler, da die ganze Ernte vernichtet ist, die Wege aufgerissen und der zusammengehörte Sand hellenweise meterhoch liegt. Der Verkehr der Schwarzwaldbahn war ebenfalls durch solche Sandaufhäufungen gesperrt. Das Wasser lief, da die Kanalisation angeschwemmt war, in der Höhe von 30-40 Zentimeter auf der Landstraße und hat diese ganz aufgewühlt, so daß

diese jetzt einem Flußbett gleicht. Auch in den Nachbarorten wird es nicht besser aussehen. Waldshut, 14. Mai. In Detseln brannte das Anwesen des Gemeindevorstands Franz Schlegel nieder, wodurch ein Schaden von etwa 15 000 M. entstand. Mannheim, 15. Mai. Der 41 Jahre alte Diensthälter Jakob Engert verunfallte heute früh 4 Uhr seiner Ehefrau in seiner Wohnung, während sie schlief, die Reule zu durchschneiden. Als ihm dies nicht gelang, weil die erwachte Frau sich wehrte, gab er zwei Revolverkugeln auf sie ab und verletzte sie schwer. Die Frau konnte fliehen, worauf sich Engert in den Keller begab, dort sich zunächst einen tiefen Stich in die linke Brustseite beibrachte und dann seinem Leben durch Erhängen an der Kleiderleiste ein Ende machte.

Weißenhof, 15. Mai. Die Kellnerin Karoline Wölfl sollte wegen Diebstahls verhaftet werden. Sie nahm 2 Pf. 10 und farb kurze Zeit darauf.

Gemeindezeitung.

Durlach, 15. Mai. Freitag den 18. cr. Beginn mit der Wahl zur dritten Klasse der hiesigen Bürgerausschüsse.

Arbeiterversicherung.

Durlach, 15. Mai. Am kommenden Donnerstag, 17. Mai, abends 8 Uhr, findet im großen Rathssaal die ordentliche Generalversammlung der Ortskrankenkasse Durlach statt, worauf die Arbeitervertreter noch besonders aufmerksam gemacht werden.

Vertrauen, 14. Mai. Die hiesige Ortskrankenkasse hielt am letzten Samstag ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Herr Jäger gab bekannt, daß sich die hiesigen Verträge bereit erklärt haben, Vorkträge über Gesundheitspflege abzuschließen. Als erster Vorktragender hat Herr Dr. Schellen das Referat über Gebetvertragsarbeiten übernommen. Redner behandelte in sehr sachlicher und objektiver Weise die Gefahren der einzelnen Verträge, welchen die Arbeiter in gesundheitslicher Beziehung ausgesetzt sind. Er betonte in sehr wirksamer Weise, wie diesen begegnet werden kann: durch genügende und ausreichende Ventilation der Werkstätten, Anbringung von Schutzvorrichtungen an den Maschinen, sowie durch Vermeidung der Arbeitszeit. Der Vortrag wurde mit Beifall entgegengenommen und dankte der Vorsitzende dem Redner für seine Mitteilungen, betonte, daß noch mehr solche Vorträge abgehalten werden sollten. Danach wurde die Jahresabrechnung für 1905 erledigt. Der Mitgliederbestand betrug 1026, gegen das Vorjahr 205 mehr. Erhaltungsfälle waren es 523 mit 7281 Erkrankungsstunden. Für ärztliche Behandlung wurden 5596,83 M. und für Arznei und Heilmittel 2387,73 M. aufgewendet. Bei der Kasse ist die obligatorische Familienversicherung eingeführt, welche folgende Kosten verursacht: Herzliche Behandlung einschließlich Zahnbehandlung 1702 M., Arznei und sonstige Heilmittel 774,56 M. Dem Reservefonds konnte durch die Verbehalten der Familienversicherung nichts zugeführt werden, doch dürfte diese Einrichtung, welche hauptsächlich den verheirateten Mitgliedern zu gute kommt, erhalten werden für die Zukunft, wenn die Höhe der Beiträge mehr erhoben werden. Der Reservefonds betrug 21,000 M., der geleihete 13,371 M. Die Jahreserträge betragen 22,712,55 M., die Ausgaben 22,711,33 M.

Wichtig wurde dieser Bericht mit Beifall entgegengenommen.

Hus dem Reiche.

nn. Nagold, 13. Mai. Die Sammlungen für die Opfer der „Hirschfatastrophe“ geben bedeutendlicher Weise recht herzlich ein. Nach einer Veröffentlichung des Hilfskomitees beträgt die bis jetzt eingegangene Summe 60 083 M. 72 Pf. Das ist bezüglich wenig im Hinblick auf die große Zahl bauend hilfsbedürftiger Hinterbliebener. Das Komitee und die Hilfsvereine der wohlhabenden Stände zeigen sich bei diesem Unglück wieder in einer recht schönen Weise. Ja, wenn es Flottenanstellungen wären!

Stuttgart, 12. Mai. In der Sandgrube eines Einwohners von Unterriemlingen im Enztal wurde, nach dem Schw. Merkur, der nahezu unveränderte Slogzahn eines Mammut aufgefunden. Er wurde an das Naturhistorische Institut in Stuttgart abgeholt, das schon eine große Sammlung von Mammutzähnen besitzt, von denen der Cannstaber Rund die meisten geliefert hat.

Hirschfatastrophe, 14. Mai. Der wegen Reineids hier in Untersuchung befindliche Felton Herold aus Heimbach hat sich in seiner Zelle erhängt.

Köln, 14. Mai. Eine empfindliche Strafe traf den Referenten Schütz, der wegen Kontrollverstoßes eine Arreststrafe bekommen hatte, auf dem Transport zum Militärgefängnis entließ und bei der Wiederbefreiung sich gegen den Sergeanten auflehnte. Diese Widerstandsleistung ahndete das Kriegsgericht mit neun Monaten zwei Wochen Gefängnis.

Hus der Residenz.

Karlsruhe, 16. Mai.

Rüppurr und Karlsruhe.

Im Bürgerausschuß rief der Ankauf eines Teils des Rüppurrer Gemeindegeländes zum Zwecke der Errichtung weiterer Brunnen für das städtische Wasserwerk die nachfolgende Debatte hervor:

Stadtv. Lohr erklärt als Referent des Stadtv. Vorstandes, man möge sich fragen, ob dies der richtige Zeitpunkt für diese Vorlage sei, da doch in absehbarer Zeit die Eingemeindung Rüppurrs bevorstehe, allein schon im vorigen Sommer sei der Wassermangel empfindlich gewesen und man habe auch noch mit der Skalantität zu rechnen, daß ein Brunnen sehr eigenhändig sei. Deshalb müsse die vom Stadtrat vorgesehene Erweiterung des Wasserwerks rasch erledigt werden.

Stadtv. Götter geht auf die vom Stadtrat geforderte Geländeerwerbungen einer größeren Parzelle des Rüppurrer Gemeindegeländes ein. Wenn man den Geländebestand auf 14 000 M. festsetze, so berechne sich der Quadratmeter nach dem von der Stadtverwaltung angebotenen Preise auf 12 Pf. Er wünscht zu erfahren, welchen erheblich höheren Preis die Gemeinde Rüppurr verlangt habe. Die sozialdemokratische Fraktion müsse das von der Stadtverwaltung in Aussicht genommene Entgeltungsverfahren gegenüber der Nachbargemeinde entschieden ablehnen. Die Stadt trage ein Risiko hinsichtlich der Kosten der Zwangsentwässerung, wie auch hinsichtlich des Renommee der Stadt, wenn das Verfahren zum Nachteil der Stadt durchgeführt werde. Man solle die Eingemeindungsverhandlungen beschleunigen. Wenn der Bahnhof nach Siden verlegt werde, werde eine rege Bautätigkeit in Rüppurr entstehen. (Zuruf vom Tisch des Stadtv. Vorstandes: Die Rüppurrer jähden den Rahm ab!) Im Interesse einer friedlichen Lösung der Eingemeindung solle man die heutige Vorlage zurückstellen.

Bürgermeister Siegrist gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Vordere in seiner Rede, die besser im Bürgerausschuß in Rüppurr gehalten worden wäre, hier die Interessen der Gemeinde Rüppurr vertreten habe. Das Interesse der Stadt Karlsruhe ginge dahin, daß wir möglichst bald die ausreichende Wasserlieferung erhalten und daß die erforderlichen Anlagen auf einem Gelände ausgeführt würden, das uns zu Eigentum

überwiesen sei. Es sei erkaunlich, daß die von der Stadtverwaltung erforderlichen Falls vorgeschlagene Expropriation gerade von jener Seite perhorresziert werde, die die „Expropriation der Expropriateure“ zum Programm gemacht habe. Die Stellungnahme des Vordere werde aber kaum dazu dienen, die Verhandlungen mit Rüppurr zu erleichtern. In den nächsten Tagen finde übrigens eine Besprechung über die Eingemeindung mit den Vertretern der Gemeinde Rüppurr statt, wo, wie er hoffe, beide Fragen einer befriedigenden Lösung zugeführt würden. An der Eingemeindung habe die Stadt Karlsruhe vorerst kein dringendes Interesse, wohl aber die Gemeinde Rüppurr. Dort seien viele neue Bauten entstanden, ohne daß für Straßen und Kanalisation Besorge sei. Versorgung mit Gas- und Wasserleitung bestehe nicht, ein neues Schulhaus sei zu bauen, dazu bestehe in Rüppurr eine doppelte so hohe Umlage wie in Karlsruhe. Trotzdem habe sich der Gemeinderat Rüppurr bei seinen Vorschlägen die Forderungen der Gemeinde Veiertheim, die doch in ganz anderer Lage sei, zum Vorbild genommen. Der Stadtrat habe sich aber grundsätzlich bereit erklärt, der Eingemeindung von Rüppurr näher zu treten.

Stadtv. Feld meint ebenso, daß die Gemeinde Rüppurr ein größeres Interesse als die Stadt Karlsruhe an der Eingemeindung habe und sieht einem gütlichen Uebereinkommen zugewandelt entgegen, zumal der Gemeinderat Rüppurr bei der letzten Wahl sehr verständige neue Mitglieder bekommen habe.

Stadtv. Wilhelm Weiß fragt an, ob man nicht das notwendige Gelände vorerst auf dem Radweg bekommen könnte.

Stadtv. Götter erklärt, er könne den ihm vom Bürgermeister Siegrist gemachten Vorwurf, daß er die Interessen der Stadt verleihe habe, nicht verstehen. Auch die Sozialdemokraten machen von der Zwangsentwässerung nur dort Gebrauch, wo es nötig ist. Er wiederholte seine Anfrage, welchen Preis denn Rüppurr gefordert habe. Nach seiner Kenntnis hätte dieses überhaupt keinen Preis bestimmt.

Bürgermeister Siegrist erklärt, er müsse es ablehnen, über derartige Verhandlungen, so lange sie noch nicht abgeschlossen, in öffentlicher Verhandlung zu diskutieren. Gegenüber den Vertretern der Sozialdemokratie stelle er wiederholt fest, daß es nicht zur Förderung einer Verständigung diene, wenn hier ein Bürgerausschußmitglied zugunsten der Gegenpartei spreche (Zuruf: Sehr richtig!) Wenn die Rüppurrer sich nicht verständigen wollen, müsse man die Zwangsentwässerung durchführen, da man sich das Eigentumsrecht an jenen Gelände im Interesse der städtischen Wasserlieferung auf jeden Fall sichern müsse. Selbstverständlich werde man dazu aber nur im Notfall schreiten.

Stadtv. Wohlgeant erklärt, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die Brunnen erstellt werden müßten und ebensovienig, daß man das Eigentum erwerben müsse. Auf gepädmeten Boden Brunnen anzulegen, hiesie sich bei der wichtigen Frage der Wasserlieferung in die Hände der Gegner begeben.

Stadtv. Lohr weist auf die Schwierigkeit hin, die man nach seinen Erfahrungen mit einer Randgemeinde bei solchen Verhandlungen habe. Das Zwangsentwässerungsverfahren hiesie übrigens viel schärfer aus, als es eigentlich sei.

Der Antrag des Stadtv. Dr. Goldschmidt auf Schluß der Debatte findet einstimmig Annahme. Zum Wort hatte sich noch gemeldet der Stadtv. Willi.

Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen unter Stimmenthaltung eines Teils der sozialdemokratischen Fraktion.

Der vorstehende offizielle Bericht über den Teil der letzten Bürgerausschußsitzung bedarf infolgedessen der Ergänzung, als die pessimistische Ansicht des Herrn Bürgermeisters Siegrist über die „noch in weitem Feld liegende Eingemeindung Rüppurrs“ inzwischen durch die Tatsachen gründlich ad absurdum geführt worden ist. Bereits Ende voriger Woche haben Verhandlungen bezüglich der Eingemeindung Rüppurrs stattgefunden und am Freitag, den 18. d. Mts., beschloß sich eine öffentliche Bürgerversammlung in Rüppurr mit der Eingemeindung. Als besonderer Fernseher hat sich bei dieser Angelegenheit Herr Siegrist nicht erwieben.

Protokolliert muß an dieser Stelle noch werden gegen die Parteigruppierung der Bürgerausschußmitglieder durch Herrn Siegrist. Er antwortete bekanntlich auf die Gedächtnisrede schroff und höhnte, daß der Expropriation gerade von sozialistischer Seite nicht das Wort geredet werde, obwohl doch die sozialdemokratische Partei die „Expropriation der Expropriateure“ fordere. Wir haben schon in unserer letzten Besprechung der Bürgerausschußsitzung auf den billigen Spott des Bürgermeisters verwiesen. Der Verlauf der Dinge hat Herrn Siegrist rasch belehrt, daß der sozialdemokratische Redner im Rechte war. Aber auf der anderen Seite sollte ein Bürgermeister vermeiden, zwischen sozialdemokratischen und nicht-sozialdemokratischen Bürgerausschußmitgliedern zu unterscheiden. Das häßt nicht das Vertrauen in die Bürgermeisterei Unparteilichkeit.

Daß Herr Goldschmidt durch seinen Schlußantrag Herrn Siegrist davor benachrichtigte, vom Stadtv. Willi noch eine Erklärung über korrektes Verhalten hinzunehmen zu müssen, mag nur nebenbei erwähnt sein. Herr Goldschmidt spielt gern den Retter in der Not, wenn die sozialistische Gefahr im Anschwellen begriffen ist.

Zum Streik der Holzarbeiter.

Gestern Nachmittag 4 Uhr waren auf Einladung des Vororgens des Gewerbegerichts, Herrn Stadtrat Voegh, Vertreter der Arbeitgeber und der Streikenden zusammengetreten, um sich über die event. Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt zu erklären. Die Parteien vereinbarten, daß heute Mittwoh Verhandlungen zunächst einmal unter den Parteien allein stattfinden sollen.

Die Haltung der Streikenden ist eine ausgezeichnete. Bis jetzt ist ein einziger der in den Streik getretenen Leute umgefallen; Zugang konnte bisher hergestellt werden. Die Arbeitgeber können auch für die fernere Zeit weder auf Zugang noch auf den Unfall der Streikenden rechnen. Das Vernünftigste für sie wäre, Frieden zu schließen und die bestehenden Forderungen der Arbeiter anerkennen. Bei den Inhabern der größeren Geschäfte scheint diese Einsicht auch schon zum Durchbruch gekommen zu sein; jene Herren Meister aber, die das ganze Jahr durch einen oder manchmal auch gar keinen Stellenbesetzungen, haben es leicht, den Mund voll zu nehmen und von „Zappeln lassen“ zu reden. Nun, hoffentlich führen die heutigen Verhandlungen zu

einer Verständigung, damit es nicht nötig wird, daß die Streikenden die Herren Arbeitgeber noch länger zappeln lassen.

Bei der Durchführung des Brauerartikels haben sich über die Auslegung verschiedener Bestimmungen Meinungsverschiedenheiten ergeben. Zur Regelung der Angelegenheit treten am Freitag Vormittag die Kommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Beratung zusammen.

Die Steinhaner

der Firma Gössel — so schreibt man uns — sind am 29. April in eine Lohnbewegung eingetreten, welche von dem Grundgedanken ausging, die Lage bei den gegenwärtigen Verhältnissen zu verbessern. Es fanden drei Versammlungen statt, in zweien war Gauleiter Kraft aus Mannheim anwesend. Zuerst schien die Sache in ein gutes Fahrwasser zu kommen, jedoch durch die letzte Verhandlung, welche am Dienstag Mittag stattfinden sollte, hat sich die Situation derart verschlechtert, daß in einer Tagesversammlung, die am gleichen Abend stattfand, einstimmig beschlossen wurde, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis sich die Leitung der Firma veranlaßt sieht, einen für uns annehmbaren Abschluß zu bieten. Zugang ist fernzuhalten.

Der verunglückte Student

Berner v. Frobel wurde gestern Nachmittag 4 Uhr bedrängt. Der einzige Augenzeuge des Vorfalls teilte in der Bad. Landeszeitung mit, daß der zweite Fahrer das Verbindungsseil mit der Hand festhielt und es im letzten Moment während des Warnungsrufes losließ. Der Vorgang spielte sich so schnell ab, daß zur Durchtrennung des fingerdicken Verbindungsseiles mittels eines aus der Tasche zu holen und zu öffnenen Messers keine Zeit gegeben wäre. Weiter erfahren wir, daß Herr v. Frobel nicht über die Barriere auf Bahngleis geschleudert wurde. Das Motorrad ging vielmehr unten durch und riß Herrn v. Frobel mit, der sich in seiner Verwirrung vom Rad nicht los machen konnte. Im gleichen Augenblick brauste der Güterzug heran, erlachte das Rad und schleifte es mit dem Fahrer ca. 20 Meter weit. Hierbei wurde Herr v. Frobel ein Fuß abgefahren; außerdem erlitt der Unglückliche am Kopf durch das Aufschlagen auf den Schienen-schwellen schwere Verletzungen. Die eigentliche Todesursache bildeten aber schwere innere Verletzungen, die er sich bei dem heftigen Anprall an die Barriere zugezogen hatte. Sein Begleiter suchte sofort mit der Laterne — es war Samstag nachts halb 12 Uhr — das Terrain ab und fand den Freund nach wenigen Minuten in schrecklichem Zustand tot im Graben neben dem Gleis.

Der Mühlburger Steuergassen-Verein

(Stolz-Erdre) hält am Samstag den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Gasthaus zu den drei Rinden in Mühlburg sein Stiftungsfest und Stolz-Erdre-Fest mit theatralischen Aufführungen und Ball ab.

Beim hiesigen städtischen Arbeitsamt, Zehringstraße 112, wurden im Monat April d. J. in der männlichen Abteilung 1856 offene Stellen angefordert gegen 1741 im März 1906 und 1260 im April 1905. Die Zahl der Arbeitsfindenden betrug 2279 gegen 2161 im März 1906 und 1165 im April 1905. Eingestellt wurden: 1511 Personen gegen 1325 im März 1906 und 808 im April 1905. Mangel war an Stülben und Häusern und an Gläsern Ueberflus an ungelehrten Arbeitern. In der weiblichen Abteilung wurden 236 offene Stellen angemeldet gegen 238 im März 1906 und 166 im April 1905. Stellenfindende meldeten sich 221 gegen 180 im März 1906 und 168 im April 1905. Eingestellt wurden 180 Personen gegen 145 im März 1906 und 140 im April 1905. Die Stellenvermittlung erfolgt für Arbeitgeber (Dienst herrschaft) wie für Arbeitnehmer (Dienstboten) völlig unentgeltlich.

Keine Reklamaleren. Die Post- und Domäneninspektion erludte den Stadtrat um Beauftragung über das Gehalt eines hiesigen Wasserleiters zur Anbringung von Reklamaleren auf dem an der Kaiserstraße stehenden, zur Einriedigung des Geländes der früheren alten Brunnenlaternen dienenden Folgebänder. Der Stadtrat erwiderte nun die Post- und Domäneninspektion, diese Erlaubnis zu verlangen und ibrigt dabei den Wunsch aus, daß das Gelände zunächst bald befestigt werde, da der unsichere Anblick jenes ausgebeugten Brunnenzauns längs der Hauptstraße der Stadt schon vielfach zu Klagen Anlaß gegeben hat und dem Stadtbilde keineswegs zur Zierde gereicht.

Uhrenschwindel. Ein aus Allmendshofen geflüchteter und in der Stadtdiät wohnhafter Uhrmacher suchte sich von einem Kaufmann eine wertvolle Taschenuhr, die er kurz vorher zur vollen Zufriedenheit repariert, dadurch zu erschwindeln, daß er ihm vorgab: er habe infolge einer Verwechslung ein Mädchen aus einer anderen Uhr in seine eingeleitet und möge sie ihm zur Auswechslung auf kurze Zeit überlassen. Als er die Uhr erhalten, verlegte er sie bei dem nächsten besten Pfandleiher.

Ein Hund gestohlen. Am 14. d. M. wurde auf der Kaiserstraße eine zweijährige, 20 Zentimeter hohe, lannhaarige, schwarze Karlsburgshühnchen, die auf den Namen Witz hört, im Werte von 70 M. gestohlen.

Der Reichstag

erlebte gestern das Diätengesetz in dritter Lesung. In namentlicher Abstimmung wurde die Aenderung des Artikels 25 der Verfassung abgelehnt, angenommen die Aenderung des Artikels 32, angenommen auch mit 210 gegen 52 Stimmen bei 8 Enthaltungen die identische Diätenvorlage, letztere nach einem Kompromissantrage Groeber in anderer Verteilung der Verträge.

Es folgte noch die 2. Beratung des Mantelgesetzes für die Reichsfinanzreform. Nach dem § 1 sollen die neuen Steuererlöse einheitlich zugleich mit dem Mantelgesetz in Kraft treten. Nach unermesslicher Debatte wurde das Gesetz erledigt und der Antrag Walling (natl.) angenommen, wonach mit der planmäßigen Schuldenentilgung erst 1908 begonnen werden soll.

Letzte Post.

Der Blitz

schlug in eine Gruppe von Arbeitern auf dem Felde bei Giesleben. Folge: Ein Todesfall, eine schwere Verletzung.

Zermalmt

wurde Arbeiter Gartmann auf Fische „Deutscher Kaiser“ bei Essen durch 25 000 kg schwere Ketteltiefe.

800 Schreiner

der Bau-, Möbel- und Orgelbauhand in Königsberg i. Pr. sind in den Ausstand getreten. Grund: Neuer Tarif von den Firmen nicht unterschrieben.

Vereinsanzeiger.

Aue b. Durlach. (Sozialb. Verein.) Morgen Donnerstag, abends halb 9 Uhr im Waldhorn Mitglieder-versammlung. Wichtige Tagesordnung. 1908

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: A. Weimann; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdrucker und Verlag des Volksfreunds, Ged. u. Cie. Sämtliche in Karlsruhe.

Extra-Angebot in Waschstoffen

Mousseline, hell und dunkelgrünig Meter 65, 54, 33. 28,-	Wollmousseline weiß-schwarze Karos und andere moderne Dessins Meter 1.15, 95. 75,-	Mousseline mit Seidenstreifen und aparten Mustern Meter 1.95, 155,-	Waschseide in weiß-schwarzen Karos Meter 165,-
Kleider-Satin großes Sortiment Meter 82, 75. 58,-	Kleider-Satin enorme Musterauswahl Meter 1.10. 88,-	Kleider-Leinen in allen modernen Farben Meter 54,-	Kleider-Zephyr in neuen Streifen u. Karos Meter 65, 58, 32,-
Rips-Piqué weiß und crème Meter 85, 72, 58. 42,-	Mulle u. Batiste glatt, weiß und gemustert Meter 58, 45. 34,-	Knabensatin glatt und gestreift Meter 92, 88. 62,-	Schürzensatin hellfarbig gestreift Meter 52,-

Hermann Schmoller & Cie.

Stroh-Hüte



für Herren, Knaben und Kinder.
Unerreicht grosse Auswahl.
Bekannt billige Preise.
Elegante Neuheiten.
Vorteilhafter Gelegenheitskauf in echten Panamas.

A. Lindenlaub,

Kaiserstrasse 191. Hut- und Mützenmagazin. Telefon 1845.

Städt. Badanstalt (Vierordtbad).

Sommer- und Winter geöffnet.

- a. Vom 1. Mai bis 31. August: morgens von 7-1 Uhr und nachmittags von 1/2 8-1/2 9 Uhr.
- b. In den Monaten April und September: morgens von 1/2 8-1 Uhr und nachmittags von 1/2 8-9 Uhr.
- c. vom 1. Oktober bis 31. März: morgens von 8-1 Uhr und nachmittags von 1/2 8-9 Uhr.

	Einzel		Im Abonnement	
	10 Bäder	100 Bäder	10 Bäder	100 Bäder
a. Schwimmbäder (ausschliesslich Wäsche):				
Für Erwachsene mit Auskleidezelle	40,-	8,-	40,-	25,-
Kinder ohne	25,-	—	—	—
Jahres-Abonnement für Erwachsene	12.50	—	—	—
Kinder	—	—	—	—
Schwimmunterricht für Erwachsene 10 Mk. Kinder 6 Mk.	—	—	—	—
b. Heissluft- und Dampfbäder (mit Wäsche):				
Heissluft- und Dampf I. Kl.	2,-	9,-	150,-	—
II. Kl.	1.50	6.50	100,-	—
Elektr. Lichtbad, einfach	2.50	11,-	—	—
mit Bestrahlung	8,-	18,-	—	—
c. Wannbäder (mit Wäsche):				
Wannenbad I. Kl.	—85	7,-	90,-	—
II. Kl.	—60	5,-	45,-	—
Kohlensäurebad	2,-	15,-	—	—
d. Kurbäder (mit Wäsche):				
Ein Halbbad, Sitzbad, Fussbad, Douche oder Abreibung etc.	—50	—	—	—
Tagekarte zu allen verordneten Wasserprozeduren, einfachen Massierungen und für den Heissluftstrom-Apparat giltig	1,-	—	—	—
Allgemeine Körpermassage	2,-	—	—	—
Elektr. Wasserbad	2.50	20,-	—	—
Sitzung am pneumat. Apparat	1,-	8,-	—	—

Anmerkung.

Die Anstalt bleibt am Neujahrstag, Charfreitag, Ostersonntag, Himmelfahrtstag, Pfingstsonntag, Fronleichnamstag und Christtag während des ganzen Tages, an den Sonntagen, Ostermontag, Pfingstmontag, Stefanstag und Fastnacht-Dienstag während des Nachmittags von 1 Uhr an geschlossen.

Zur Benützung der Bäder durch Frauen sind vorgesehen:

- a. Für das Schwimmbad jeden Wochentag V.M. 9-11 Uhr und am Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag N.M. von 1/2 8-1/2 5 Uhr, sowie am Freitag Abend von 6-1/2 9 Uhr, bezw. von 6-8 Uhr.
- b. Für Heissluft und Dampfbäder und elektr. Lichtbäder Montag und Mittwoch V.M. und Freitag N.M.
- c. Wannbäder werden zu der allgemeinen Badezeit an Frauen und Männer abgegeben.
- d. Für die Kurbäder jeden Wochentag V.M. 9-11 Uhr und N.M. von 1/2 8-1/2 5 Uhr

Das Rauchen im Badgebäude und das Mitbringen von Hunden dahin ist untersagt.

Linkenheim.

Bis 1. Juni ist die Stelle des Filialinhabers neu zu besetzen. Bewerber wollen ihre Adresse an die Exped. d. Bl. senden.

Expedition des Volksfreund.

10-20 Mk.

Können Personen mit deutl. Handschrift in Hause nebenbei verdienen. Prospekt für 10 Pf. gratis.

Verforda-Verlag, Verford 58.

Achtung! Holzarbeiter!

Sente Mittwoch den 16. Mai, abends 6 Uhr, bei Mährlein, Kaiserstrasse 13.

öffentl. Versammlung

Bericht über die Verhandlungen der Lohnkommission mit den Arbeitgeberern.
Der Bevollmächtigte.

Bekanntmachung.

Nr. 9985. Nach § 3 der ortspolizeilichen Verordnung vom 1. Februar 1900 über die Ans- und Anmeldung zur Kranken- und Invalidenversicherung sind Änderungen im Arbeitsverdienst des Versicherten, welche auf die Höhe der Beiträge und auf das Krankengeld von Einfluss sind, binnen 3 Tagen bei der hiesigen Meldestelle für Kranken- und Invalidenversicherung, Rathaus, Zimmer Nr. 40 anzuzeigen.
Da wir die Beobachtung gemacht haben, dass diese Anzeigen vielfach gar nicht oder doch erst dann erstattet werden, wenn der Versicherte Krankengeld beanprucht, machen wir die Arbeitgeber auf diese Meldepflicht nachdrücklich aufmerksam. Im Hinblick auf die nachteiligen Folgen der Nichtanmeldung, insbesondere zur Vermeidung der zahlreichen daraus entspringenden Streitigkeiten, sehen wir uns genötigt, in Zukunft gegen die Säumnigen Anzeige zwecks Verurteilung zu erklaren.

Arbeiterversicherungs-Kommission: Dr. Hoffmann.

Billige Nahrungsmittel

- Schmalz **52,-**
- Salatöl lit. v. **70,-**
- Wärzelnucker **22,-**
- do. **5,-**
- Melk netto **1.10**

Sirocco-Kaffee:

- 1/2-Paket **50, 60, 70, 80 und 90**
- Cacao **90,-**
- Tea (Crespinen) **80,-**
- Kaisergrütze **22,-**
- Kaiserfloeken **22,-**
- Perisago **20,-**
- Gemüse-Nudeln **26,-**
- Bruch-Macaroni **23,-**
- Stangen-Macaroni **28,-**
- Stangen-Macaroni **32,-**
- Neue Zwetschgen **16,-**
- Neue Kranzfeigen **23,-**
- Neue Datteln **28,-**
- Reis **13,-**
- Gries **18,-**
- Gerste **13,-**
- Erbsen **12,-**
- Bohnen **16,-**
- Einsen **18,-**

Schlachtfest.

Hierzu ladet ergebenst ein Fr. Mährlein.

Schwarzwälder Hof.

Edle Kulfen- und Marienstrasse. Heute Schlachttag. Georg Bender.

Grasversteigerung.

Samstag den 19. Mai 1906 wird das Heugras der Städt. Hof- und Hofentwässerung öffentlich versteigert.

Pfänder-Versteigerung.

Sonntag den 18. d. Mts., jeweils nachmittags 3 Uhr anfangend, werden die über 6 Monate verfallenen Pfandpfänder bis zu Lit. B Nr. 10,000 in unserem Versteigerungslokal (im Rathaus) öffentlich und gegen Barzahlung wie folgt versteigert:

Wittwoch: Gold- und Silbergegenstände, Uhren, Brillengegenstände.
Donnerstag: Betten, Schuhe, Stiefel, Kleider, Uhren.
Freitag: Eisenwaren, Meider, Uhren.
Karlsruhe den 8. Mai 1906.
Städt. Spar- u. Pfandbriefverwalt.

Rastatter Spar-Kochherde lackiert und emailliert. Gaggan. Gas-Spar-Kochplatten. Oefen aller Art. Koch- und Haushaltungs-Geschirre. Gasglühstrümpfe u. a. m. kauft man am billigsten und besten im Spezialgeschäft.
Erns Marx, Luisenstr. 45. Gross. Lager. Prompte Bedienung. 1873.10 Katalog gratis.

Lehrjunge gesucht.

Ein kräftiger Junge, der Lust hat, das Küferhandwerk gründlich zu erlernen, kann sofort bei freier Verpflegung eintreten bei
1906
Andreas Niedermayer, Karlsruhe, Sofienstr. 103.

Wein.

Kaiserstühler von 50 $\frac{1}{2}$ an
Rotwein von 60 $\frac{1}{2}$ an per Liter.
Im Fach:
Weisswein von 40 $\frac{1}{2}$,
Rotwein von 50 $\frac{1}{2}$ an per Liter.
C. L. Sickinger
Marianstr. 35 Telefon 1406.

Offenburger Pferde-Lose 1 M.

Ziehung sicher 7. Juni. Vorteilhafte Gewinnchancen. Die Hälfte der Einnahmen wird zu Gewinnen verwandt.
Mk. 25000
16 Pferde Mk. 11200
34 Kabinen „ 8500
u. 350 Gew. „ 5300
Bar GELD sofort
Sämtl. Gewinne sind mit 80% in bar auszuhändigen.
11 Lose 10 Mark
Los 1 M. Porto u. Liste 25 Pf
empfehlen das General-Debit
J. Stürmer, Langstr. 107
In Karlsruhe: 1784.22
Carl Götz, Hebelstr. 13.15

Ein Fahrrad

(Verlustes) gut erhalten, für 35 Mk. zu verkaufen.
1973
Rüppurrerstrasse 36, Etz. 2. Et.

Möbl. Zimmer

ist billig zu vermieten Kaiserstr. 51 (4 Treppen), vis-à-vis der Hochschule.
Möbel zu verkaufen.

Stadtsbuch-Anzüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten:
8. Mai: Friedrich Karl, Pat. Karl Korian, Kaufmann, Karlsruher, Pat. Friedrich Bogt, Privatdiener, Pat. Carl Friedrich Adolf, F. Friedrich Klein, Metzgermeister, 10. Friedrich, Carl Schenker, Metzgermeister, 11. Hugo Johann, Pat. Wilhelm Romader, Kangleiassistent, Wilhelm, C. Sebastian, Pat. Schneider, 13. Marie Maria Karoline, Pat. Ludwig Lind, Schneider, 14. Emma Lina Lotzen, 15. Gustav Richter, Kangleiassistent.

Eheaufgebote.

14. Mai: Jakob Schäfer von hier, Metzger hier, mit Frieda Käthe von hier. Dr. Maximilian Wingenroth von Mannheim, Direktorialassistent hier, mit Wilhelmine Winnen von hier. Wilhelm Klein von Friedrichthal, Maurer hier, mit Emma Gaudel von Berlin. Hermann Schmalholz von hier, Schlosser hier, mit Stefanie Renz von Reulhausen. Josef Wadlinger von Gamsbühl, Küfer hier, mit Anna Schmitt von Mannheim. Georg Kraus von Königshausen, Bäckermeister hier, mit Vertha Bränkle von Königshausen.

Ehehlichungen.

12. Mai: Wilhelm Hertweck von Bruchsal, Registrator in Mannheim, mit Elisabeth Westermann von hier. Hermann Kunz von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Karoline Argast von hier. Emil Winger von Reulhausen, Metzger hier, mit Luise Deiminger von Wehl. Todesfälle:
12. Mai: Franz Wiegner, Landwirt, ledig, alt 20 J. Wilhelm Wed, Tagelöhner, ein Eheemann, alt 55 J. Magdalena Westschneider, alt 25 J. Ehefrau des Dingelhermesters Otto Westschneider. Stefan Boy, Metzger, ein Eheemann, alt 53 J.